

ORIGINAL SOZIAL

DIE LINKE.
Zeitung zur
Kommunalwahl
2008
Cottbus

An die Zukunft der Kinder denken

DIE LINKE in Cottbus: Schulsozialarbeit an jeder Schule!

Ein intaktes Elternhaus, fürsorgliche Betreuung schon in der KITA und gute Bildung für Alle sind unstrittig die Grundsteine für eine positive Entwicklung unserer Kinder.

Leider wird trotz dieser Erkenntnisse noch immer auch im Bereich der Jugendarbeit kräftig gespart.

Oftmals mit den immer gleichen Argumenten – es fehle am Geld.

DIE LINKE ist jedoch der Auffassung, dass sich eine so reiche Gesellschaft sehr wohl eine gute Betreuung der künftigen Generationen leisten kann.

Für uns steht vielmehr die Frage, wofür gibt der Staat sein Geld aus? Und wer zahlt wie viel?

Am Zustand unserer Schulen zeigt sich, welchen Respekt unsere Gesellschaft der neuen Generation zollt.

Nein, für DIE LINKE ist es keine Frage des Geldbeutels, sondern eine Frage der sozialen Gerechtigkeit unseren Kindern angemessene

Bildung und Betreuung zu gewährleisten. Nur so haben sie später auch gute Chancen für ihr weiteres Leben.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Jugendarbeit ist für uns die Schulsozialarbeit. In den vergangenen Jahren

gab es leider auch in Cottbus einen rapiden Abbau. Waren 2003 noch 18 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter beschäftigt, so sind es heute nur noch zwölf.

Wir werden uns dafür ein-

setzen, dass es zukünftig in jeder Cottbuser Schule mindestens eine Schulsozialarbeiterin bzw. einen Schulsozialarbeiter gibt. Gute Bildung und gute Betreuung – das sollten uns unsere Kinder wert sein.



Schulsozialarbeiterin Marina Bußmann wirkt an der Oberschule Sandow.



DIE LINKE ist eine gute Wahl

von Lothar Bisky,
Vorsitzender
der Partei DIE LINKE, MdB

Gemeinden und Städte haben ihr eigenes Gesicht. Nahverkehr, Gewerbe und Erholung, Schulen und Freizeiteinrichtungen, Kultur und Tourismus, Platz für die Begegnung der Jungen und der Älteren – wie lebendig Kommunen sein sollen, diese Fragen stellen alle und wir können einiges dafür tun, sie im öffentlichen Austausch zu beantworten.

Demokratie in der Kommune – das ist der erste Baustein linker Politik. Dazu kommen Vorschläge für den sozialen Zusammenhalt, für die regionale Wirtschaft, für den Erhalt von Kultur und Landschaft, für Neues.

DIE LINKE hat in Brandenburg viele Erfahrungen einzubringen. Sie versteht sich auch als Kraft, die im Land und im Bund für bessere Rahmenbedingungen in der Finanzierung und Mitsprache der Kommunen eintritt. Und auch Europa ist allgegenwärtig, sei es bei Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten und bei regionalen Strukturfonds.

Die diesjährigen Kommunalwahlen in Brandenburg öffnen die Türen für einen Wahlmarathon der Extraklasse. 2009 sind Europawahlen, Bundestagswahlen und Brandenburg wählt den Landtag neu, daran sollte man schon bei den Kommunalwahlen denken. Eine Stimme für DIE LINKE ist immer eine gute Wahl.

Für kostenloses Schüleressen

Der Beschluss der Stadtverordneten, ab September 2008 das Schulesse für Kinder aus Familien, die von Arbeitslosengeld II leben müssen, zu stützen, wurde von der LINKEN mitgefasst. Was aber ist mit Familien, die trotz Arbeitseinkommen an der Armutsgrenze leben und solche Hilfe nicht erhalten? Eine neue Aufgabe für uns.

Cottbus ist weithin beliebt

Cottbus lockt jedes Jahr mehr Gäste an. So stieg die Zahl der Übernachtungen im vergangenen Jahr auf fast 230.000. Damit sich die Lausitz langfristig noch besser vermarkten lässt, fordert DIE LINKE den Beitritt der Stadt zu den Tourismusverbänden Spreewald und Niederlausitz. Denn nur eine gemeinsame Tourismusregion sichert Zukunft!

Kündigungen wurden verhindert

2008 wurden mit den Stimmen der LINKEN betriebsbedingte Kündigungen in der Cottbuser Stadtverwaltung verhindert. Ebenso hat DIE LINKE durch intensive Gespräche den Austritt aus dem Arbeitgeberverband abgewendet. Nach wie vor fehlt jedoch ein Personalentwicklungskonzept, welches die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung langfristig sichert.

Arbeitsplätze für die Region schaffen!

Schon 2003 forderte die damalige PDS, den Flugplatz Cottbus Nord gemeinsam mit dem Landkreis Spree-Neiße als das größte zusammenhängende Gewerbegebiet zu entwickeln und so für neue Arbeitsplätze zu sorgen. Nun scheint sich diese Idee auch im Büro des Oberbürgermeisters durchzusetzen. DIE LINKE bleibt natürlich dran.

DIE LINKE.Cottbus in ihrem Kommunalwahlprogramm 2008:

Für eine ständig lebenswerte Stadt

Schmellwitz WK 1



1. **Kühn, Karin**
Alter: 55
Stadtteil-
managerin
Neu-Schmell-
witz



2. **Sperling, Dieter**
Alter: 61
Fraktionsge-
schäftsführer



3. **Köhler-Zierold, Kathleen**
Alter: 23
Diplomsozial-
pädagogin



4. **Groß, André**
Alter: 25
Student



5. **Nedoma, Matti**
Alter: 19
Schüler



6. **Drews, Klaus**
Alter: 59
Vorrühstand-
ler



7. **Kaun, Mario**
Alter: 32
Lehramtsstu-
dent

Cottbus ist attraktiv und lebenswert. Dafür setzen sich engagierte Bürgerinnen und Bürger ein. DIE LINKE will die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen beschleunigen, soziale Beeinträchtigungen überwinden, Armut bekämpfen, Demokratie gestalten und wird weiterhin entschlossen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus vorgehen.

Für DIE LINKE ist Kommunalpolitik eine gemeinsame Sache von Bürgerinnen und Bürgern im Wettstreit der demokratischen Parteien für ein lebenswertes Cottbus, heute und künftig.

Die politische Auseinandersetzung muss für die Stadt und die Menschen neue Perspektiven eröffnen. Alle Cottbuser sollten sich mit einmischen.

Wir, DIE LINKE, werden uns unter anderem dafür einsetzen:

► Die Schaffung und Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe im Zusammenwirken mit dem Spree-Neiße-Kreis und der Region.

► Den Ausbau des Messe- und Kongress-Standortes Cottbus als ein wichtiges Potential zur Belebung der Wirtschaft und zur Förderung des Tourismus.



Das Carl-Thiem-Klinikum muss in kommunaler Hand bleiben.

► Wir fordern den Beitritt der Stadt Cottbus zu den Tourismusverbänden Spreewald und Niederlausitz.

► Städtische Unternehmen wie das Carl-Thiem-Klinikum und die Gebäudewirtschaft Cottbus müssen als Garanten der öffentlichen Daseinsvorsorge vollständig in kommunaler Hand bleiben. Langfristig wollen wir die veräußerten Anteile städtischer Unternehmen rekommunalisieren.

► Wir setzen uns ein für die Unterstützung des bestehenden Handwerks, der kleinen und mittleren Unternehmen, Gewerben und Dienstleistungen und sind für die Nutzung des Modells des kommunalen Kombilohnes als Ansatz zur Errichtung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

► Der Stadtbau muss in allen Phasen demokratisch und mit städtebaulicher Effizienz gestaltet werden.

Lebensqualität muss in allen Stadtteilen erhalten bleiben.

► Mit uns wird es keine weiteren Kürzungen in der Jugend- und Jugendsozialarbeit geben.

► Ordnung und Sicherheit hängen in hohem Maße von der Präsenz und Wirksamkeit der Ordnungskräfte der Stadt ab. Die Durchsetzung der Stadtordnung muss personell abgesichert werden.

Mehr als nur reden! Sich einmischen und mitgestalten! DIE LINKE wählen!

Wie es andere große Parteien sehen:

Die SPD...

...hat in ihrem Kommunalwahlprogramm den gut klingenden Vorschlag aufgenommen, dafür zu sorgen, dass jedes in Cottbus geborene Kind mit 500 Euro begrüßt wird und für jeden Schulanfänger ein Guthschein in gleicher Höhe ausgereicht wird. Wunderbar und sicherlich sehr gut für die Empfänger. Aber schauen wir doch mal in das von der SPD auf Bundesebene zu verantwortende Hartz-IV-Gesetz. Für die Empfänger von Arbeitslosengeld II bringt das nämlich gar nichts. Bei solchen Zahlun-

gen erfolgt nach geltender Rechtslage eine Anrechnung auf die monatliche Leistung durch das Job-Center. Sprich, das Geld wird 1:1 durch das Jobcenter wieder abgezogen! So fließt sogar kommunales Geld direkt zum Bund und die Betroffenen erhalten nichts. DIE LINKE meint: Ungerecht!

Aber weiter im Text: „Sorgen wir für eine solide Bildung als Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung“. Klingt gut, nur die Realität ist eine andere. Die SPD ist seit Jahrzehnten für die Bildungspolitik im Land verantwortlich. Seit der Wende gab es 17 Änderungen des Landesschulge-

setzes. Weniger Bildung, weniger Chancengleichheit, unzählige Schulschließungen - mehr Auslese und Ausgrenzung, das ist die traurige Realität im Land. DIE LINKE meint: Gute Bildungspolitik sieht anders aus!

Die CDU...

...fordert die Wiedereinrichtung der City-Wache. Jedoch kürzt der Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) seit Jahren das Personal. So beschloss die Landesregierung im Frühjahr 2006, weitere 585 Stellen in der Polizei abzubauen. Im September 2006 wurde diese Vor-

gabe um weitere 350 Stellen erhöht, so dass bis 2012 insgesamt 935 Stellen gestrichen werden. So ist die jetzige Polizeistruktur nicht mehr haltbar.

Erinnern möchten wir an diesen Zusammenhang an die Schließung von drei Polizeipräsidien in Brandenburg, darunter auch Cottbus.

Bei dieser Sachlage fordert nun die Cottbuser CDU die Wiedereinrichtung der City-Wache. Was wohl der Innenminister dazu sagt? DIE LINKE meint: Öffentliche Sicherheit und ständig Stellenreichungen bei der Polizei – das passt nicht zusammen.

„Ich werde mich weiter einmischen“

Hans-Joachim Schröpfer fühlt sich wohl, anderen zu helfen und Freude zu bereiten

Bekannt ist Ihnen sicher der Cottbuser Postkutscher alias Hans-Joachim Schröpfer. Obwohl bereits im Rentenalter, hat er sich nicht „zur Ruhe gesetzt“ und legt die Hände in den Schoß, sondern er mischt sich weiter ein und beteiligt sich an der Lösung von gesellschaftlichen Problemen. Ob früher in der Stadtverordnetenversammlung Cottbus oder jetzt im Gemeinderat Kolkwitz - immer streitet er für DIE LINKE.

In seinem Beruf als Opernsänger hat er oft die Erfahrung gemacht, dass die subjektiven Einschätzungen von Vorgesetzten ausschlaggebend für die weitere Karriere sein können und man dadurch schnell in Abhängigkeit geraten kann.

Durch seine aktive Arbeit in der Gewerkschaft hat er dafür gesorgt, die Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken und so ein Gegengewicht zu schaffen.

Andererseits brauchen auch die Gewerkschaften zur Vertretung ihrer Interessen parlamentarische Partner. Besonders nach der Verabschiedung der Agenda 2010 durch SPD und Grüne, sind die Anforderungen an DIE LINKE gewachsen.

„Deutschland spaltet sich zunehmend in Arm und



Hans-Joachim Schröpfer – immer ein gefragter Gesprächspartner.

Reich, und die sozialen Spannungen wachsen. Ich sehe den sozialen Frieden gefährdet, es bedarf dringender Korrekturen“, so der Künstler.

Im Vorfeld von Wahlen entdecken die Parteien nun ihr soziales Gewissen, das hat nicht zuletzt DIE LINKE

bewirkt. Sie ist original sozial. Mit ihrer Sacharbeit stellt sie sich den Themen und den Menschen vor Ort, nicht nur in Wahlzeiten.

Hans-Joachim Schröpfer sagt: „Die Lebensqualität auch für ältere Menschen besonders meiner Generation braucht Politikansätze,

die sichern, dass die Menschen in Würde alt werden können, und dafür steht DIE LINKE.“ Er appelliert an die Cottbuser Bürgerinnen und Bürger: „Nehmen Sie ihr demokratisches Recht wahr, gehen Sie wählen und wählen Sie im September die Kandidaten der LINKEN!“

Wir sind die Alternative zur neoliberalen Politik

In diesen Tagen verspürt man in den Medien unseres Landes die starke Präsenz von Politikern der Regierungskoalition beim Verteilen von Förderbescheiden und anderen offiziellen Aktionen.

Wäre ja alles ohne Probleme zu akzeptieren, wenn, ja wenn nicht dieses Jahr Kommunalwahlen wären, SPD und CDU schon richtig intensiv powern müssen, um verloren gegangenen Boden wieder gut zu machen. DIE LINKEN spielen, wie nicht anders zu erwarten, in den Medien kaum eine Rolle, weil man uns nach wie vor nicht will und Angst vor unserer Program-

matik hat. Doch das kennen wir und es ist Anlass für uns, Gespräche mit dem Bürger vor Ort intensiv zu führen und unser Wahlprogramm zu erläutern. Unser Pfund, Partei für den Alltag und nicht nur für den Wahltag zu sein, werfen wir in die Waagschale. Wichtig dabei ist, dass wir LINKEN uns mit populistischen Thesen unserer Mitbewerber auseinandersetzen und dem Wähler sagen, was wir wollen, was wir können und was wir nicht können. Das haben wir kurz und knapp, aber ehrlich in unserem Wahlprogramm festgeschrieben.

Gehen sie bitte wählen, jede Stimme für DIE LINKE



Jürgen Siewert, Vorsitzender der LINKEN Cottbus

in Cottbus eröffnet uns die Möglichkeit, mehr Einfluss auf die Gestaltung unserer

lebens- und lebenswerten Stadt zu nehmen.

DIE LINKE stellt eine echte Alternative zur neoliberalen Politik des Kürzens dar, davon wollen wir auch die vielen Nichtwähler überzeugen. Wir können und werden mitgestalten!

Eine Bitte zum Schluss, auch wenn sie DIE LINKE vielleicht trotzdem nicht wählen wollen, verschonen sie ihre Stimme nicht an die Nazis! Cottbus hat nur als eine weltoffene und tolerante Stadt eine Zukunft. Wir streiten für einen Codex mit allen demokratischen Parteien im Umgang mit den Nazis vor und nach der Wahl.

Kandidaten für die Kommune



8. **Kolz, Thomas**
Alter: 41
Versicherungsmakler



9. **Masula, Peter**
Alter: 24
Koch

◀ Sandow WK 2



1. **Siewert, Jürgen**
Alter: 53
Gastronom



2. **Schuster, Ulrike**
Alter: 31
Studentin



3. **Richter, Annely**
Alter: 59
Angestellte



4. **Schöpe, Roland**
Alter: 46
Lehrer



5.
**Mertineit,
Sigrid**
Alter: 48
Arbeitssuchend



6.
**Lange,
Hans Holger**
Alter: 53
Hausmeister



7.
Kolz, Livia
Alter: 30
Arbeitsvermittlerin



8.
**Lelanz,
Christian**
Alter: 68
Rentner



9.
**Schemel, Dr.,
Manfred**
Alter: 68
Rentner



10.
Dilk, Siegfried
Alter: 73
Rentner

Das Land braucht eine starke **LINKE**

Von Kerstin Kaiser, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg



Im September wird die Landtagsfraktionsvorsitzende der LINKEN, Kerstin Kaiser, auf Tour durch Brandenburg gehen und vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch über ihre konkreten Erwartungen an die LINKEN kommen.

LINKE Politik setzt sich durch!

Noch Ende 2007 lehnte die Koalition im Landtag die von der LINKEN unterstützte Volksinitiative für ein Sozialticket ab – Ende Februar 2008 war Schluss damit. Der SPD-Landesvorstand beschloss „Politik für eine solidarische Mehrheit in Brandenburg“ und es folgte ein Sozialpaket, das unter dem Einfluss der CDU jedoch zum Sozialpäckchen abschmolz.

„Aus dem Sozialpaket-Streit zwischen ... SPD und CDU scheint die Linkspartei als Sieger hervorzugehen“, bilanzierte die PNN. Naja – so richtig als Sieger haben wir uns nicht gefühlt. Denn wir wollen doch Hilfen, die es allen bedürftigen Kindern im Land ermöglichen, an Klassenfahrten teilzunehmen – und nicht nur denen, die zuerst die Unterstützung beantragen. Wir wollen kostenfreies Mittagessen in Schulen und Kitas. Wir wollen wohnortnahe Schulen nicht nur in Ausnahmefällen. Wir wollen eine garantierte kostenlose Schülerbeförderung in den ländlichen Regionen – kein Schwarzer-Peter-Spiel zwischen Land und Landkrei-

sen. Hätten wir mit am Tisch gesessen – die SPD hätte sich nach vorn, nicht nach hinten bewegen müssen.

Wenig später unternahm der Landkreis Dahme-Spree einen sozialpolitischen Befreiungsschlag: Der Schülertransport wird tatsächlich für alle, das Mittagessen für die Kinder von Arbeitslosen und Geringverdienern kostenlos – das Vorschuljahr nach dem Vorbild des rot-roten Berlin auch. Mehr Kita-Erzieherinnen

werden eingestellt, zusätzliche Bildungsangebote kommen. Und die Kommunen werden finanziell entlastet.

Das zeigt: Die LINKE regiert mit – aus der Opposition. Das geht, weil unsere Politik – das soziale Original – von breiter Zustimmung getragen und von den Bürgerinnen und Bürgern selbst voran getrieben wird. So kann Veränderung beginnen. Und sie ist notwendig! Denn:

Es geht nicht nur um Schulwege und Schulesen – es geht um gute Bildung für alle.

Es geht darum, dass man von Arbeit wirklich leben kann und dass aus Absichten Entscheidungen werden: für Mindestlöhne, für eine vernünftige Vergabe von öffentlichen Aufträgen, für eine kluge Arbeitsmarktpolitik.

Es gibt eine Mehrheit für ein solidarisches Brandenburg. Dass sie zum Tragen kommt, dafür braucht es eine starke LINKE – original sozial.

Infos zu allen Veranstaltungen der LINKEN gibt es unter www.original-sozial.de

Nazis sind nicht sozial! Von Thomas Nord, Landesvorsitzender der LINKEN in Brandenburg

Zunehmend missbrauchen Rechtsextreme die soziale Notlage vieler Menschen für ihre Demagogie. „Stiefelnazis“, die ihre Gewaltbereitschaft sichtbar kundtun, sind nicht die einzigen Faschisten. Zu Drohungen und Gewaltverbrechen kommen zunehmend sozial anmutende Scheinargumente. Ob bei Demonstrationen gegen Hartz IV, ob bei anderen sozialen Bewegungen und Diskussionen – immer mehr versuchen sie, die Not der sozial Benachteiligten für sich auszubuten und sich als national gesinnte Demokraten darzustellen, die ein Herz für die Sorgen des „kleinen Mannes“ haben. Dem berechtig-

ten Frust wollen sie ihre dumpfen Parolen aufdrücken, statt sachlicher Vorschläge appellieren sie an Wut, Ausgrenzung und Intoleranz. Kämpfen wir dagegen, dass Brandenburger auf deren jetzt demonstrativ zur Schau getragene soziale Ader herinfließen. Sonst könnte es ein böses Erwachen geben. So, wie 1933 viele ehrliche Bürger glaubten, die Faschisten würden einige soziale Versprechen erfüllen und wenn nicht, durch eigene Unfähigkeit abwirtschaften. Diese Illusion trotzt furchtbar! Darum dürfen wir auch heute nicht dem Wolf im Schafspelz trauen. Wir haben allen Grund, wachsam zu sein und nicht zuzu-



lassen, dass der rechtsextreme Ungeist an Boden gewinnt. Wer rechtsextremistische Einstellungen und Verhaltensweisen und damit auch Wahlerfolge dauerhaft zurückdrängen will, der muss die Rechtsextremisten als politi-

sche Herausforderung ernst nehmen. Neonazis sind ein fundamentaler Angriff auf die Demokratie und eben gerade keine Lösung für die immer größer werdenden sozialen Probleme.

Wer Rassismus und Antisemitismus dauerhaft das Wasser abgraben will, muss die Verbindung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit als gesellschaftliche Leitidee glaubwürdig, selbstbewusst und offen vertreten. Dies darf Kritik an den bestehenden Verhältnissen nicht ausschließen. Soziale Gerechtigkeit aber darf es nicht auf Kosten ausländischer Mitbürger, Andersdenkender oder Schwächerer geben.

Kinderarmut in Brandenburg

Von Kerstin Bednarsky, Landtagsabgeordnete der LINKEN

Kinderarmut ist kein ausschließliches Problem der Dritten Welt. Ein Befund, der auch von der Holon-Studie „Aufschwung und Armut in den Kommunen des Landes Brandenburg“ für das kommunalpolitische forum Land Brandenburg e. V. gestützt wird.

Armut hat viele Facetten – neben der Einkommensarmut führt vor allem die Bildungsarmut zu Benachteiligungen. Bei Kindern führt sie zu Isolation und zu veränderten Verhaltensweisen.

Ausgelacht zu werden, ist für Kinder schlimmer als hungrig ins Bett zu gehen.

Hier im Land lebt mittlerweile jedes vierte Kind in Armut, in Deutschland jedes sechste – Tendenz steigend. Wer in Armut aufwächst, hat als Erwachsener eine schlechtere Gesundheit.

Viele Vorschläge zur Verringerung der Kinderarmut, wie beispielsweise Tipps für Hartz-IV-Empfänger, wie



Ein unbeschwertes, glückliches Leben – wie hier Jette und Leen – wünschen wir allen Kindern. „Verordnete“ Kinderarmut ist eines der schwersten Vergehen eines Staates.

Kinder billiger zu ernähren sind, gehen am Kern des Problems vorbei.

Wenngleich es keine Patentrezepte gegen Kinderarmut gibt, so braucht es doch auf jeden Fall komplexe

Strategien zu deren Prävention und Verringerung. Dazu gehören u.a. völlig neue Ansätze in der Bildungspolitik, oder eine soziale Grundversicherung für Familien, die das soziokulturelle Existenzminimum ohne entwürdigende Antragstellung und bürokratische Bedürftigkeitsprüfung garantiert. Nur durch die Realisierung derartiger Konzepte wäre einer sozialen Desintegration und dem Zerfall der Gesellschaft insgesamt entgegenzuwirken.

DIE LINKE fordert durchgreifende und nachhaltig

wirkende Beschlüsse zur Überwindung von Kinderarmut. So sollen die Kosten für Lernmittel wegfallen, ebenso für die Schülerbeförderung und auch für ein Mittagessen in Kitas und Grundschulen. Schließlich gehört dazu, den öffentlichen Gesundheitsdienst auszubauen.

Von der Landesregierung erwartet DIE LINKE, dass sie auf Bundesebene nachhaltiger für die Verteilungsgerechtigkeit eintritt, statt wie bisher abzuwiegen und den LINKEN „Panikmache“ vorzuwerfen.

Statistisches

Mit rund 830 KandidatInnen wird DIE LINKE landesweit für die Kreistage antreten. Hinzu kommen Hunderte, die für Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen kandidieren. Sie alle stehen für eine sozial gerechtere Politik in diesem Land. Gegenwärtig sind 960 Stadtverordnete und Gemeindevertreter für DIE LINKE aktiv. Hinzu kommen 13 hauptamtliche und 11 ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Kommunen sollen mehr Geld bekommen

Obwohl die Landesregierung nach wie vor der Auffassung ist, dass die Kommunalfinanzierung ausreichend ist, sieht die Realität vor Ort doch ganz anders aus.

Elf der 14 Landkreise haben keinen ausgeglichen Haushalt und weisen erhebliche Fehlbeträge auf.

Im Ergebnis der Föderalismusreform II sowie der bereits vollzogenen bundesgesetzlichen Veränderungen vor allem in der Sozialgesetzgebung, ist für die Kommunen der tatsächliche Bedarf der finanziellen Ausstattung zur Sicherung der übertragenen Aufgaben zu gewährleisten. Jüngstes Beispiel ist die dies-

bezügliche Klage der Landkreise Uckermark und Haveland. Formell wurde die Klage zwar durch das Verfassungsgericht zurückgewiesen, den klagenden Kommunen aber im wesentlichen Recht gegeben.

Angesichts der wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Entwicklung müssen die Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Kommunen endlich neu geregelt werden.

Aus Sicht der LINKEN beträgt das Defizit knapp 60 Millionen EURO. Der Ausgleichsfonds für Not leidende Kommunen muss von derzeit 50 Millionen EURO auf 100 Millionen EURO verdoppelt wer-



den. 70 Prozent dieses Geldes sollte für die Berlin ferneren Regionen des Landes eingesetzt werden, der Rest im Speckgürtel.

Die Problematik Wasser/Abwasser ist sowohl für die Gemeinden als auch für das

Land ein haushaltspolitisches Risiko, weshalb dafür ein besonderer Unterstützungsfonds außerhalb der Kommunalfinanzierung eingerichtet werden muss. Hier wird es analog des Stadtumbaus auch um Fragen des Rückbaus von Anlagen sowie den Zusammenschluss von Verbänden gehen müssen. Die LINKE will nunmehr von der Landesregierung wissen, wie sie den Kommunen diese finanziellen Mittel zuleiten will. Im Interesse der Kommunen werden wir nicht lockerlassen.

Ralf Christoffers, finanzpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE

Kandidaten für die Kommune

Mitte/Ströbitz WK 3



1. **Kaun, André**
Alter: 28
Kaufmann



2. **Mattheis, Franziska**
Alter: 18
Schülerin



3. **Küttner, Rosel**
Alter: 75
Rentnerin



4. **Loehr, Matthias**
Alter: 31
IT-System-Kaufmann



5. **Picl, Steffen**
Alter: 45
Orchestermusiker



6. **Häfner, Daniel**
Alter: 31
Student



7. **Eicke, Christian**
Alter: 49
Richter

Kandidaten für die Kommune



8.
**Schuppan,
Karl-Heinz**
Alter: 54
Versicherungs-
kaufmann



9.
**Lichtwald,
Thomas**
Alter: 24
Student

◀ Spremberg Vorstadt WK 4



1.
**Viduch,
Veronika**
Alter: 48
Heilpädagogin



2.
**Richter,
Eberhard**
Alter: 57
Diplompäd-
agoge



3.
Venter, Herta
Alter: 68
Rentnerin



4.
Rudolf, André
Alter: 47
Dipl.-Bauingenieur

Für Chancengleichheit in der Bildung

Von Gerrit Große, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag

Zum Glück stehen Wahlen an. Nur so ist zu erklären, dass sich der Bildungsminister des Landes doch noch darauf besann, dass die Kinder in Treuenbrietzen und in Wittstock ein Gymnasium brauchen, dass Bewegung in die Diskussion um kostenloses Schulesen und kostenlosen Schülertransport gekommen ist. Das ist ein Anfang.

Noch immer verwehrt Brandenburgs Schulsystem Kindern – vor allem in ländlichen Regionen – jedoch Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung. Soziale Herkunft bestimmt zunehmend den Bildungserfolg. Alle von der Landesregierung und der SPD/CDU-Koalition eingeführten Neuerungen haben die Bedingungen nicht verbessert. Davon zeugt der Abbau der schulischen Infrastruktur vor allem in den ländlichen Regionen.

Die Einführung der Oberschule und die Art der Schulzeitverkürzung bis zum Abitur haben für Schüler der Oberschule den Weg zum Gymnasium versperrt. Die Einführung der Leistungs- und Begabungs-



Der Arbeitslosenverband und DIE LINKE im Landkreis Oberhavel haben mit der Aktion „Es kommt was in die Tüte“ rund 100 Kindern und ihren Eltern einen sorgenfreien Schulanfang ermöglicht. Angesichts dessen, dass die Grundausstattung für Schulanfänger von rund 180 EURO für viele Familien kaum aufbringbar ist, sammelten sie Geld- und Sachspenden. Denn Bundes-, Land- und Kreistag hatten die Forderung der LINKEN nach einer Einmalzahlung für Bedürftige abgelehnt. Für rund 4000 Euro übergaben sie zum Schulstart den ABC-Schützen Schultaschen, Turnzeug, Federtaschen usw. je nach Bedarf.

ungsklassen hat die Schere zwischen sozialer Herkunft und Bildungsbeteiligung vergrößert. Die Verschärfung der Zugangsbedingungen zum Gymnasium ist kontraproduktiv in einer Zeit, in der mehr und nicht weniger Menschen

mit hoher Bildung gebraucht werden.

Markenzeichen der Bildungspolitik der Koalition von SPD und CDU sind Schulschließungen, zu wenig Personal in Kitas und Schulen und weitere Stellenstreichungen. Dies hat dazu geführt, dass trotz großen Engagements von ErzieherInnen und Lehrkräften die Kitas Mühe haben, sich zu wirklichen Bildungseinrichtungen zu entwickeln und an Schulen kontinuierlicher Unterricht in hoher Qualität kaum leistbar

ist. Eltern kehren den öffentlichen Schulen den Rücken und schicken ihre Kinder in Schulen in freier Trägerschaft. Dieser Trend muss gestoppt werden.

Die LINKE sieht den Ausweg aus der Bildungsmisere in einer grundlegenden Wende in der Bildungspolitik. Chancengleichheit für alle Kinder kann am besten durch eine Schule gewährleistet werden, in der die Kinder nicht frühzeitig aussortiert werden, sondern möglichst lange gemeinsam lernen – die Gemeinschaftsschule.

Übrigens:

Die Kandidatur von Bürgermeistern und Landräten – wie auch in diesem Jahr vielfach praktiziert – ist laut Wahlgesetz tatsächlich möglich. Allerdings müssen sie sich nach der Wahl für Amt oder Mandat entscheiden.

Regierung „sittenwidrig“ „Bomben sind doof“

Ein BGH-Urteil sorgte zu Jahresbeginn für große Aufregung im Land Brandenburg. „Sittenwidrige“ Aneignung von Bodenreformland – ein Verhalten, welches eines Rechtsstaates unwürdig sei – so der Vorwurf des höchsten deutschen Zivilgerichts an die Landesregierung. Der durch DIE LINKE eingesetzte Untersuchungsausschuss im Landtag versucht nun, Licht in die Affäre zu bringen und vor allem die politische Verantwortlichkeit aufzuklären. Doch das ist schwierig. Eklatante Erinnerungslücken bei allen Beteiligten. Zeugen, die sich an nichts mehr erinnern und der unerschütterte Glaube, man habe stets nach

Recht und Gesetz gehandelt. Bodenreformabwicklung, ein Thema, das – kaum zu glauben – „nur eine periphere Bedeutung“ hatte. Dass es dabei um das Hab und Gut von Tausenden Neubauern ging und geht, spielte damals wie heute keine Rolle. Für die LINKEN zeichnet sich nach den ersten Zeugenvernehmungen schon jetzt ab: Die politische Verantwortung wird ganz offensichtlich auf die Fachebene abgewälzt: „Am Ende war der Pförtner schuld.“

Christian Görke,
parlamentarischer Geschäftsführer, und Mitglied im Untersuchungsausschuss



Seit 16 Jahren wehrt sich eine ganze Region über alle Länder- und Parteigrenzen hinweg gegen das geplante Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide. Dieser friedliche und kreative Protest wird seit Jahren

von der LINKEN in den betroffenen Kommunalparlamenten, aber auch auf Landes- und Bundesebene aktiv unterstützt.

Die Argumente sind ausgetauscht, Wirtschaft, Naturschutz und Friedensaktivisten in seltener Einigkeit. Es ist ein Prüfstein für die parlamentarische Demokratie, ob der Bundestag im Interesse dieser demokratischen Mehrheit handelt.

DIE LINKE ist verlässlich, SPD und Grüne nach sieben Regierungsjahren mitschuldig. Reden zählt jetzt nicht mehr – nur Taten.

Kirsten Tackmann, MdB
und Thomas Domres, MdB

Ausweg Gemeindegewesener?

Von Birgit Wöllert, gesundheitspolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE im Landtag

Das Wort „Ärztemangel“ gehört seit Jahren zum festen Wortschatz der Brandenburger Politik. Obwohl bereits im Jahr 2001 durch die Landesregierung zwei „Experten­gruppen“ eingesetzt wurden, die die Lage im stationären und im ambulanten Bereich analysieren sollten, wurde die Situation nicht entschärft. Mit anderen Worten: Das Thema ist uns leider erhalten geblieben. Die Altersstruktur der Ärzteschaft lässt eher noch eine Zuspitzung befürchten.

Auf kommunaler Ebene sind große Anstrengungen erkennbar, Ärztinnen und Ärzte anzusiedeln. Allerdings können die Kernprobleme nicht von den Kommunen gelöst werden. Dies sind für Ärzte insbesondere ein angemessenes Einkommen aber auch solche Fragen, wie: Welche Schule können meine Kinder besuchen? Können Patienten noch in meine Praxis kommen, wenn sie kein



Wer kennt sie in unseren Landen nicht, Schwester Agnes? Die Gemeindegewesener mit dem großen Herzen ist Kult. Gemeindegewesener, hier Schwester Manu, sind gut im flachen Brandenburger Land, sagt DIE LINKE, warnt aber gleichzeitig: Sie sind kein Ärzte-Ersatz.

Auto haben? Wie weit muss ich zum Hausbesuch fahren und wie oft habe ich Bereitschaftsdienst? Die Lösung

dieser Probleme hängt maßgeblich von der Landespolitik ab. Die Politik der Landesregierung und ihr Konzept

„Stärken stärken“ geben leider nur unzureichende Antworten.

Große Hoffnungen verbinden sich mit dem Projekt „Gemeindegewesener“, das auch DIE LINKE begrüßt. Allerdings wäre es völlig verfehlt, darin einen „Ärzte-Ersatz“ zu sehen. Sie kann und soll unterstützend wirken und zudem soziale Funktionen erfüllen. Ob die Gemeindegewesener im jetzigen Gesundheitssystem ihren Platz findet bzw. überhaupt finden soll, ist offen. Das entsprechende Modellprojekt wird in Brandenburg zwar noch einmal ausgeweitet, eine „reguläre“ Einführung wird am Ende aber auch von der Finanzierung abhängen. Vorstellungen, die Mittel aus der Vergütung der ambulant tätigen Ärzte herauszunehmen, sind völlig abwegig. Erstens ist diese Decke ohnehin zu kurz und zweitens wäre dies auch nicht aufgabengerecht.

Mobil zum halben Preis

DIE LINKE hat sowohl die Volksinitiative als auch das Volksbegehren für ein Sozialticket in Brandenburg gemeinsam mit einem breiten Bündnis auf den Weg gebracht und tatkräftig unterstützt. Obwohl sich in einer Umfrage 76 % der Brandenburgerinnen und Brandenburger für ein Sozialticket ausgesprochen hatten, lehnte es die Regierungskoalition aus SPD und CDU im Landtag ab, gab dann aber dem Druck aus der Bevölkerung nach. Ab dem 1. September 2008 wird es ein „Mobilitätsticket“ für Menschen, die Arbeitslo-

sengeld II oder Sozialgeld, Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe bzw. deren Bedarfsgemeinschaften sowie von Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, geben. Sie bezahlen für das Mobilitätsticket nun nur noch halb soviel wie für die Umweltkarte der Regionalbahn. Alle Initiatoren des Sozialtickets sind sich trotz des jetzigen Standes einig, dass dieses Mobilitätsticket nur der Anfang sein kann.

Anita Tack, verkehrspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion DIE LINKE

DIE LINKE WAHL-PreisFRAGE

Und nun noch eine Frage, deren Beantwortung Ihnen nicht schwerfallen wird.

Wie viele KandidatInnen für die Kreistage im Land Brandenburg treten auf den Listen der LINKE zur Kommunalwahl am 28. September an?

Sind es: **A rund 670**
B rund 750
C rund 830

Schreiben Sie zutreffenden Buchstaben auf eine Postkarte und schicken Sie sie unter dem Kennwort WAHL-PreisFRAGE an: DIE LINKE. Brandenburg
Alleestr. 3
14469 Potsdam
Die Preisträger werden benachrichtigt.

Und so wird gewählt

Bei der Wahl der Gemeindevertretung und bei der Wahl des Kreistages haben Sie drei Stimmen für die jeweilige Wahl. Die Stimmabgabe erfolgt durch Ankreuzen in den vorgegebenen Kreisen neben den Namen der Bewerber. Jeder Wähler kann seine drei Stimmen einem einzigen Kandidaten geben, aber auch auf verschiedene Kandidaten (auch verschiedener Parteien) verteilen.

Damit bestimmt der Wähler, welche Parteien und welche Kandidaten in die kommunale Vertretung einziehen.

Wer am Wahltag sein Wahllokal nicht aufsuchen kann, hat die Möglichkeit der Briefwahl. Dazu kann jeder seine Wahlbenachrichtigungskarte entsprechend ausfüllen und an die ausstellende Behörde mit der Bitte um Zusendung der Briefwahlunterlagen schicken. Er erhält dann sämtliche Unterlagen und eine Anleitung, wie die Stimmabgabe per Briefwahl vorzunehmen ist. Die Briefwahlunterlagen müssen bis zum Wahltag um 18.00 Uhr bei den zuständigen Wahlleitern eingegangen sein.

Kandidaten für die Kommune



5. **Hitziger, Barbara**
Alter: 18
Schülerin



6. **Roßbach, Joachim**
Alter: 65
Rentner



7. **Schur, Dr., Ulrich**
Alter: 59
Dr.-Ingenieur

Sachsendorf WK 5



1. **Maresch, Jürgen**
Alter: 42
Polizeibeamter



2. **Zeinert, Andreas**
Alter: 48
Bankkaufmann



3. **Süßmilch, Peter**
Alter: 54
Diplomgeologe

IMPRESSUM

ORIGINAL SOZIAL Zeitung zu den Kommunalwahlen 2008 im Land Brandenburg Herausgeber: Landesvorstand DIE LINKE. Brandenburg, Maria Strauß, Geschäftsführerin (v.i.S.d.P.) in Zusammenarbeit mit dem Kreisverband DIE LINKE. Lausitz. Redaktion/Layout: medienPUNKTpottdam, Hessestraße 5, 14469 Potsdam, Tel/Fax: 03 31-20 01 89 70/-71, email: medien.potsdam@gmx.de Fotos: Archive DIE LINKE, medienPUNKTpottdam Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH, Cottbus Auflage: 20.000 Exemplare Erscheinungstermin: 1. September 2008

Kandidaten für die Kommune



4.
Donath, Clemens
Alter: 30
Dipl. Sozialpäd-
agoge



5.
Kuchta, Peter
Alter: 54
Referatsleiter
Amt für Stati-
stik



6.
Pollack, Peter
Alter: 54
Arbeitssuchend



7.
Knöfel, Stefan
Alter: 26
Vollstreckungs-
beamter



8.
Müller, Erik
Alter: 25
Student

Cottbus braucht eine starke LINKE: sozial und bürgernah

Bei den Kommunalwahlen im Jahr 2003 erhielt die PDS 26,76 % der Wählerstimmen und damit 13 Sitze in der Cottbuser Stadtverordnetenversammlung.

Wesentlich geprägt war die Wahlperiode durch die Einleitung und aktive Mitgestaltung eines kommunalpolitischen Umbruchs. Die Linkspartei forderte als erste öffentlich die Abwahl der damaligen Oberbürgermeisterin, Frau Karin Rätzel. Die anderen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung griffen die Forderung der LINKEN auf und wir leiteten mit allen Fraktionen einen Bürgerentscheid ein. Das Abwahlbündnis über alle politischen Unterschiede hinweg erregte bundesweit Aufsehen.

Die Anstrengungen zur Haushaltssanierung waren nach der Neuwahl des Oberbürgermeisters das Politikfeld, das alle kommunalen Entscheidungen beeinflusste. Hier zeigten sich dann auch wieder die Unterschiede in den Auffassungen der verschiedenen politischen Parteien und Vereinigungen. Schon lange vor Beginn der Wahlperiode forderte die DIE LINKE ein Personalentwicklungskonzept, welches die Arbeitsfähigkeit



Das Theater Cottbus – beliebt über Landesgrenzen hinaus.

der Verwaltung als Dienstleister für die Einwohner langfristig sichert. Im August 2007 lehnte die Fraktion eine Vorlage zur pauschalen Kürzung der Arbeitszeit auf 80% in der Verwaltung ab. Stadtverwaltung ist und bleibt für uns Dienstleister am Bürger. Die Kienbaumstudie mit der einhergehenden Kürzung in den Fachbereichen führte in ihrer Umsetzung u. a. zu längeren Wartezeiten für die Bürgerinnen und Bürger und ist daher zu korrigieren. Betriebsbedingte Kündi-

gungen fanden mit uns nicht statt. Sparsames Wirtschaften ist immer notwendig. Sparen um jeden Preis ist jedoch ökonomischer Unsinn. Unsere Forderung, bei den sogenannten freiwilligen Leistungen keine weiteren Einsparungen vorzunehmen, wurde von der Mehrheit der Stadtverordneten leider nicht immer geteilt.

Dazu zählt die Kürzung in der Jugendsozialarbeit um 30.000 Euro und auch die Reduzierung im Bereich der Schulsozialarbeit.

Erfolgreich verhindern konnte DIE LINKE eine Privatisierung der Cottbuser Grün- und Parkanlagen GmbH. Jedoch wurde der Anteilsverkauf der LWG gegen unsere Stimmen durchgesetzt, was sich durch steigende Wasserpreise nun rächt.

Stets positiv haben wir die angestrebte Entwicklung des Technologie- und Industrieparks (TIP) begleitet. Damit wird eine unserer Forderungen aus dem vorherigen Wahlkampf umgesetzt.

Wir laden Sie ein, prüfen Sie uns

Die Kandidaten der LINKEN zur Kommunalwahl stellen sich in Ihrem Wohngebiet an zentralen Plätzen an Informationsständen Ihren Fragen.

Auf **Wählerforen** sind sie zu Gesprächen mit Ihnen bereit.

Ihre Fragen und Probleme nehmen wir in unserer Geschäftsstelle Cottbus, Straße der Jugend 114, entgegen.

Telefon: 0355/22440

Telefax: 0355/791887

e-mail:
info@dielinke-lausitz.de
www.dielinke-lausitz.de

Gemeinsam wollen wir uns mit Ihnen am

Wahlsonntag,
28.09.2008,

in der
Freizeitoase
ab 18:00 Uhr
zur **Wahlparty** treffen.

Besonders freuen wir uns, mit Ihnen gemeinsam am Donnerstag, 18.09.2008, 17.00 Uhr auf dem Altmarkt in Cottbus Gregor Gysi zu einer Kundgebung in unserer Stadt begrüßen zu dürfen.